

Inhaltsverzeichnis

Schrifttum	XIX
1. Teil: Einführung	1
§ 1: Die Straftat	1
I. Die Formaldefinition der "Straftat"	1
1. Straftat und Strafgesetz.	1
2. Rechtsfolgen der Straftat.	2
3. Die verschiedenen Straftaten	4
II. Der sachliche Gehalt der "Straftat"	5
1. Strafrecht ist Schutzrecht	5
2. Herkunft und Bedeutung des Begriffs "Rechtsgut".	6
3. Konsequenzen für die Definition des Begriffs "Rechtsgut".	6
4. Konsequenzen aus der Definition des Begriffs "Rechtsgut"	8
5. Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit.	9
6. Der Strafgrund (Problem der Legitimation der Strafe).	10
7. Die Strafzwecke (Problem der Ausgestaltung der Strafe).	13
8. Der Streit zwischen absoluten und relativen Straftheorien	14
III. Straftat und Strafrechtsordnung	15
IV. Gegenstand der Lehre von der Straftat	16
§ 2: Strafrecht und Strafrechtsdogmatik	16
I. Das Programm des Art. 103 Abs. 2 GG.	16
1. Der Bestimmtheitsgrundsatz.	17
2. Das Rückwirkungsverbot	18
3. Das Analogieverbot.	21
4. Der Ausschluß des Gewohnheitsrechts.	22
5. Zur Herkunft des Grundsatzes von der "Gesetzesbestimmtheit der Strafe"	22
II. Die Realisierung des Programms des Art. 103 Abs. 2 GG.	23
1. Gesetzeswortlaut, Sachverhalt und Subsumtion	23
2. Die Grenze der bloßen Subsumtion.	23
3. Rechtsanwendung und Auslegung	25
4. Die Technik der Auslegung	26
5. Auslegung und Analogie.	30
6. Rechtsdogmatik als Verfahren der Rechtsanwendung und Rechtsfindung	30
III. Exkurs: Der Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	33
1. Das Territorialitätsprinzip	33
2. Durchbrechungen des Grundsatzes.	33

Inhaltsverzeichnis

§ 3: Geschichte und Zukunft des Strafrechts	35
I. Zur Geschichte des Strafrechts	35
II. Die Zukunft des Strafrechts	36
1. Tendenz der Strafrechtsentwicklung	36
2. Praktische Versuche, die Strafe zu beseitigen	37
3. Die "défense sociale"	37
III. Materialien zum Nachdenken	37
§ 4: Einteilung der Straftaten	39
I. Verbrechen und Vergehen	39
II. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	39
III. Erfolgs- und schlichte Tätigkeitsdelikte	40
IV. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte	40
V. Zustands- und Dauerdelikte	41
VI. Allgemein begehbbare Delikte und Sonderdelikte	41
VII. Eigenhändige Delikte	41
2. Teil: Die Merkmale der Straftat	42
1. Kapitel: Der Unrechtstatbestand	42
1. Abschnitt: Begriffliche Klarstellung	42
§ 5: Die Lehre vom Tatbestand	42
I. Gesetzeswortlaut und Tatbestand	42
1. Ausgangspunkt	42
2. Feststellungen	42
3. Konsequenzen	43
II. Die verschiedenen Tatbestandsbegriffe	43
1. Der Gesetzestatbestand	43
2. Der Unrechtstatbestand	43
3. Der Gesamt- oder Garantietatbestand	45
4. Tatbestand als Synonym für Sachverhalt	46
III. Dogmatische Konsequenzen aus dem Verständnis des Tatbestandsbegriffs.	46
1. Der sog. zweistufige Verbrechensaufbau	46
2. Der sog. dreistufige Verbrechensaufbau	46
3. Konsequenzen aus der unterschiedlichen Interpretation des Tatbestandes als Wertungsstufe.	48
IV. Tatbestand und Handlungsbegriff	48
1. Die verschiedenen Handlungslehren und ihre Grenzen	49
2. Konsequenzen aus der Diskussion um die Handlungs- lehren	50
3. Zum Streitstand	51
2. Abschnitt: Das vorsätzliche Begehungsdelikt	52

Inhaltsverzeichnis

§ 6: Die objektive Zurechnung eines Erfolges zur Person des Täters:	
Das "Risikoerhöhungsprinzip"	52
I. Einführung	52
II. Die objektive Zurechnung	53
1. Grundsätzliche Fragestellung	53
2. Grundlagen der objektiven Zurechnung eines Erfolges	54
III. Die einzelnen Elemente der objektiven Erfolgszurechnung	54
1. Die Steuerbarkeit des Geschehens: Der faktische Zusammenhang zwischen Tathandlung und Erfolg	55
2. Die Steuerbarkeit des Geschehens: Der normative Zusammenhang zwischen Tathandlung und Erfolg	61
3. Die Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs.	64
4. Konsequenzen für die praktische Prüfung des Unrechts tatbestandes (vorläufig)	67
5. Zur Einübung	67
IV. Sonderproblem: Der Grundsatz der Sozialadäquanz	68
§ 7: Die subjektiven Elemente des Tatbestandes	70
I. Die Unterscheidung von vorsätzlichem und fahrlässigem Verhalten	70
II. Das sog. Wissenselement im Vorsatz	70
1. Wissen und Kenntnis der Tatumstände	71
2. Die einzelnen Elemente	71
3. Konkretisierung des Wissenselements in besonderen Vorsatzkonstellationen	75
III. Das sog. Willenselement im Vorsatz: Die Steuerung des Geschehens durch den Täter	77
1. Die inhaltliche Bestimmung des Willenselementes	77
2. Die Arten des Vorsatzes	77
3. Ergebnis	81
IV. Der systematische Ort des Vorsatzes innerhalb des Verbrechensaufbaus	82
1. Das Sachproblem	82
2. Der gegenwärtige Stand der Unrechtslehre	82
3. Stellungnahme.	83
4. Ergebnis	85
V. Unrechtsbewußtsein als Element des Unrechtstatbestandes	86
1. Kenntnis des Tatbestandes und seines sozialen Bedeutungsgehaltes	86
2. Aktuelles Unrechtsbewußtsein	88
3. Ergebnis	89
VI. Besondere Problemstellungen innerhalb des Unrechtstatbestandes.	90
1. Sog. objektive Bedingungen der Strafbarkeit	90

Inhaltsverzeichnis

2. Wesentliche und unwesentliche Abweichungen des Tatgeschehens	90
3. Aberratio ictus und error in persona vel obiecto	92
4. Der Gewohnheitstäter.	94
5. Der Triebtäter	94
6. Die sog. Reflexhandlung	95
7. Die sog. Teilbarkeit des Unrechtsbewußtseins	95
VII. Konsequenzen für den Deliktsaufbau	96
§ 8: Pflichtbegrenzende Tatbestände - Rechtfertigungsgründe	97
I. Ausgangspunkt	97
1. Prämissen aus den Überlegungen zur Tatbestandslehre	97
2. Der Tatbestand als Indiz für die Rechtswidrigkeit	97
3. Das Prinzip der Rechtfertigung und die einzelnen Rechtfertigungsgründe	98
4. Die einzelnen Rechtfertigungsgründe	99
5. Rechtfertigungsgründe und Strafunrechtsausschließungsgründe	100
6. Feststellung der rechtfertigenden Voraussetzungen	100
II. Notwehr (Nothilfe), § 32 StGB.	101
1. Die einzelnen Voraussetzungen.	101
2. Das Problem der sozialethisch bedingten Einschränkung der Notwehr	108
III. Einwilligung	118
1. Voraussetzungen	118
2. Der Ort der Einwilligung innerhalb des Verbrechensaufbaus: Einverständnis und Einwilligung	121
IV. Mutmaßliche Einwilligung, Geschäftsführung ohne Auftrag, Handeln im Interesse des Verletzten.	122
V. Zur Problematik weiterer vertypter Rechtfertigungsgründe	123
1. Erlaubte Selbsthilfe, §§ 229, 230 BGB.	123
2. Bürgerlich-rechtliche Notstände.	124
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB	125
4. Züchtigungsrecht	126
5. Vorläufige Festnahme, § 127 Abs. 1 StPO	127
6. Rechtfertigung durch "erlaubtes Risiko".	127
7. Einhaltung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt.	128
8. Hinweis.	128
VI. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	128
1. Voraussetzungen	128
2. Zur Einübung	131
3. Grenzen der Interessenabwägung.	132
4. Anwendung des § 34 auf hoheitliches Handeln.	135

Inhaltsverzeichnis

VII. Rechtfertigender Notstand - Pflichtenkollision - rechtsfreier Raum	135
1. Pflichtenkollision	135
2. Pflichtenkollision und rechtsfreier Raum	135
VIII. Unmittelbarer Rückgriff auf das Prinzip des Interessenvorrangs	137
1. Grenzen des § 34	137
2. Die Fälle vorgetäuschter Gefahrenlage, die sog. vorgetäuschte Notwehrlage.	138
3. Interessenvorrang als allgemeines Rechtsprinzip.	139
IX. Praktische Prüfungsfolge	139
X. Zum Musterfall 1.	140
XI. Exkurs: Handlungs- und Erfolgsunwert im Strafrecht	142
3. Abschnitt: Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt	144
§ 9: Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt.	144
I. Grundlagen der Haftung aus einem Unterlassungsdelikt.	144
1. Bloßes Nichtstun ist noch kein Unterlassen im Rechtssinne	144
2. Die Unterscheidung zwischen Tun und Unterlassen.	144
3. Die Handlungspflicht bei den echten Unterlassungsdelikten	147
4. Die Handlungspflicht bei den unechten Unterlassungsdelikten	147
5. Grundlinien einer allgemeinen Garantenlehre.	153
II. Garantenpositionen auf Grund der Schutzfunktion für ein bestimmtes Rechtsgut	154
1. Garantenposition aus natürlicher Verbundenheit.	154
2. Garantenposition aus Gefahrengemeinschaft	157
3. Garantenposition aus freiwilliger Übernahme von Schutzfunktionen	157
4. Überantwortung von Schutzfunktionen	161
III. Garantenpositionen auf Grund der Pflicht zur Überwachung einer Gefahrenquelle.	161
1. Garantenposition aus vorangegangenem gefährlichen Tun (Ingerenz).	161
2. Garantenposition aus der Herrschaft über einen Gefahrenbereich	165
3. Garantenposition aus Innehabung eines rechtlich geschützten Herrschaftsbereichs.	166
4. Garantenposition aus Verantwortung für fremdes Handeln	167
5. Hinweise	168

Inhaltsverzeichnis

IV. Der Umfang der Garantenhaftung	168
1. Der Ansatz der h.M.	168
2. Pflicht zu Gefahrenabwehr und Gefahrenminderung	169
3. Die Zumutbarkeit der Garantenhandlung	170
V. Der Aufbau des unechten Unterlassungsdelikts	170
1. Das am Risikoerhöhungsprinzip orientierte Aufbauschema des vorsätzlichen unechten Unterlassungsdelikts	170
2. Der final orientierte Aufbau	171
3. Konsequenzen aus den verschiedenen Weisen des Deliktsaufbaus	171
4. Abschnitt: Fahrlässiges und erfolgsqualifiziertes Delikt	174
§ 10: Das Fahrlässigkeitsdelikt	174
I. Die Erfolgszurechnung innerhalb der Fahrlässigkeits- haftung	175
1. Die objektive Zurechnung	175
2. Die subjektive Zurechnung	175
3. Die Vermeidspflichtverletzung	176
4. Der Zusammenhang zwischen Vermeidpflichtverletzung und Erfolg	177
5. Das subjektive Rechtfertigungselement im Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts	180
6. Das materielle Unrechtsbewußtsein	181
II. Der Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts	181
1. Das am Risikoerhöhungsprinzip orientierte Aufbauschema des fahrlässigen Begehungs- u. unechten Unterlassungsdelikts	181
2. Das fahrlässige Begehungsdelikt (nach h.M.)	182
3. Das fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt (nach h.M.)	182
III. Konsequenzen für einzelne Problemstellungen	183
§ 11: Das erfolgsqualifizierte Delikt	185
I. Der Aufbau des erfolgsqualifizierten Delikts	185
1. Die Struktur des erfolgsqualifizierten Delikts	185
2. Der Zusammenhang zwischen der Rechtsgutsverletzung des Grundtatbestandes und dem besonderen Erfolg	186
II. Praktische Prüfungsfolge	188
2. Kapitel: Die Schuld	189
§ 12: Der Schuldbegriff	189
I. Die Herkunft des Schuldbegriffs	189
II. Die Unterscheidung von Rechtswidrigkeit und Schuld	189
1. Die Grundlagen der Differenzierung zwischen Unrecht und Schuld	189
2. Argumente für die Differenzierung zwischen Unrecht und Schuld	190

Inhaltsverzeichnis

III. Die inhaltliche Bestimmung des Schuldbegriffs.	191
1. Die psychologische Schuldlehre	191
2. Einstehenmüssen des Täters für seinen Charakter	191
3. Normative Schuldlehren	191
4. Sozialer Schuldbegriff. - Reduzierung des Schuldbegriffs auf general- oder spezialpräventive Aspekte.	194
§ 13: Die einzelnen Schuldausschließungsgründe	196
I. Reifemängel	196
II. Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen	196
1. Die psychologischen Faktoren	197
2. Die biologischen Faktoren	197
3. Nicht willensgetragenes Verhalten	198
4. Die actio libera in causa	198
III. Verminderte Schuldfähigkeit.	202
1. Verminderte Schuldfähigkeit, § 21 StGB	202
2. "Übergesetzliche Schuldinderung"	203
IV. Der Verbotsirrtum	203
1. Der Gegenstand des Verbotsirrtums nach den bisher gesetzten Prämissen	203
2. Der Gegenstand des Verbotsirrtums nach h.M.	204
3. Grenzen der h.M.	204
4. Aktuelles Rechtswidrigkeitsbewußtsein	205
5. Bedingtes Bewußtsein der Rechtswidrigkeit	205
6. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	205
§ 14: Entschuldigungsgründe: Verbote, unter Umständen bestehende Schuld vorzuwerfen.	207
I. Entschuldigung und Verbot, u.U. bestehende Schuld vorzuwerfen.	207
II. Die Regelungen im einzelnen	208
1. Der Entschuldigende Notstand, § 35 StGB	208
2. Überschreitung der Notwehr, der sog. Notwehrexzeß, § 33 StGB	209
3. Der Gewissenskonflikt	211
4. Die Unzumutbarkeit	212
3. Kapitel: Systematische Konsequenzen	215
§ 15: Irrtum im Bereich des Unrechtstatbestandes.	215
I. Die Bedeutung der sog. Irrtumslehren	215
II. Die Irrtumslehren	216
1. Zur Einführung	216
2. Die Lösung der Irrtumsproblematik nach den im Unrechtstatbestand gesetzten Prämissen: Die modifizierte Vorsatztheorie	216
3. Die strenge und die eingeschränkte Vorsatztheorie	218

Inhaltsverzeichnis

4. Die strenge Schuldtheorie	219
5. Die eingeschränkte Schuldtheorie.	219
§ 16: Irrtum im Bereich der Schuld.	225
I. Zur Einführung	225
II. Die Problemstellung	226
1. Irrtum über einen Schuldausschließungsgrund	226
2. Irrtum über einen Entschuldigungsgrund, d.h. über ein Verbot, u.U. bestehende Schuld vorzuwerfen	226
III. Konsequenzen	227
§ 17: Gegenüberstellung der verschiedenen Aufbauschemata des vollendeten Erfolgsdelikts.	228
I. Einheitliches Aufbauschema für die verschiedenen Deliktsarten	228
II. Das vorsätzliche Begehungsdelikt nach dem finalen Aufbau der h.M.	229
III. Das fahrlässige Begehungsdelikt (nach h.M.)	230
IV. Das vorsätzliche/fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt (nach h.M.)	230
V. Das Aufbauschema - ein Denkschema	231
3. Teil: Versuch und Rücktritt	232
§ 18: Der Versuch.	232
I. Die Stufen der Straftat.	232
1. Tatentschluß	232
2. Vorbereitungshandlungen	232
3. Der strafbare Versuch.	232
4. Die Vollendung der Tat	233
5. Die Beendigung der Tat	233
II. Der Tatbestand des Versuchs.	234
1. Die bestimmenden Elemente des Versuchs	234
2. Der vorbehaltlose (unbedingte) Tatentschluß	234
3. Die Abgrenzung der Vorbereitungshandlung von der Versuchshandlung	235
III. Aufbauschema	240
IV. Besondere Problemstellungen	240
1. Das Fehlen des subjektiven Rechtfertigungselementes	240
2. Versuch mit dolus eventualis	240
3. Untauglicher, abergläubischer (irrealer) und grob unverständiger Versuch	243
4. Untauglicher Versuch und Wahndelikt.	244
5. Versuch bei irriger Annahme einer Sonderpflichten- position	246
6. Der Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts.	247

Inhaltsverzeichnis

§ 19: Rücktritt vom Versuch	249
I. Die Intention des Gesetzgebers	249
1. Der Grundgedanke des § 24 StGB	249
2. Die Rechtsnatur des Rücktritts	250
II. Der Rücktritt des Alleintäters, § 24 Abs. 1 StGB	250
1. Unbeendeter, beendeter und fehlgeschlagener Versuch	250
2. § 24 Abs. 1 S. 1, 1. Alt.: Der Rücktritt vom unbeendeten Versuch	254
3. § 24 Abs. 1 S. 1, 2. Alt.: Der Rücktritt vom beendeten Versuch	257
4. § 24 Abs. 1 S. 2: Das ernsthafte Bemühen des Täters, die Vollendung der Tat zu verhindern	258
III. Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten: § 24 Abs. 2 StGB	258
1. Verhinderung der Tatvollendung: § 24 Abs. 2 S. 1	259
2. Freiwilliges und ernsthaftes Bemühen, wenn die Tat nicht vollendet wird: § 24 Abs. 2, 1. Alt.	259
3. Tatvollendung ohne wirksamen Tatbeitrag der Zurücktretenden, § 24 Abs. 2 S. 2, 2. Alt.	259
4. Rücktritt aufgrund von Willensübereinstimmung	260
IV. Rücktritt und Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs	260
V. Besondere Probleme des Rücktritts	261
1. Versuch und vollendetes Delikt	261
2. Rücktritt vom Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts	261
3. Rücktritt vom Versuch eines unechten Unterlassungsdelikts	262
4. Rücktritt vom Versuch mit dolus eventualis	262
§ 20: Persönliche Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe	265
1. Persönliche Strafausschließungsgründe	265
2. Persönliche Strafaufhebungsgründe	265
3. Fakultative Strafmilderung	265
4. Irrtum über einen Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgrund	265
4. Teil: Täterschaft und Teilnahme	266
§ 21: Täterschaft	266
I. Täterschaft als Positionsproblem	266
1. Die Unterscheidung zwischen Täterschaft und Teilnahme	266
2. Unterschiede in der Verantwortungszuweisung als Abgrenzungskriterium	267
II. Die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme bei Begehungsdelikten	268
1. Die subjektive Theorie der älteren Rechtsprechung	268
2. Die Tatherrschaftslehren	268
3. Stellungnahme	269

Inhaltsverzeichnis

4. Tendenzen der neueren Rechtsprechung	270
5. Zur Einübung	270
III. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme bei Unterlassungsdelikten	272
1. Die soziale Verantwortungsposition Unterlassender	273
2. Die Konkurrenz der Rechtsgutsverletzung durch aktives Tun und pflichtwidriges Unterlassen.	273
IV. Die einzelnen Tätertypen	275
1. Der unmittelbare Täter	275
2. Der Mittäter	276
3. Der mittelbare Täter.	278
4. Selbstschädigung nicht frei verantwortlich Handelnder und Verantwortung Dritter	283
V. Besondere Problemstellungen in der Täterlehre	285
1. Der Täter eines eigenhändigen Delikts.	285
2. Der Täter eines Sonderdelikts	285
3. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	285
4. Der Täter eines fahrlässigen Erfolgsdelikts	285
5. Versuch bei Mittäterschaft und mittelbarer Täterschaft	289
6. Haftung des Mittäters nach erfolglosem Rücktritt vom Versuch	290
VI. Hinweise zum Deliktsaufbau	291
1. Vollendetes Delikt	291
2. Versuch.	292
§ 22: Teilnahme	295
I. Die Akzessorietät der Teilnahme	295
1. Der Grundsatz der limitierten Akzessorietät	295
2. Der Strafgrund der Teilnahme.	295
3. Durchbrechungen des Akzessorietätsgrundsatzes	297
II. Voraussetzungen der Anstiftung	299
1. Die vorsätzlich begangene rechtswidrige Tat (Haupttat)	299
2. Das Bestimmen des Haupttäters.	300
3. Der Vorsatz des Anstifters.	302
4. Anstiftung durch unzulässigen Lockspitzeinsatz	303
III. Voraussetzungen der Beihilfe	304
1. Die vorsätzlich begangene rechtswidrige Tat (Haupttat)	304
2. Hilfe leisten	304
3. Der Vorsatz des Gehilfen.	307
4. Beihilfe zum untauglichen, nicht zu einer konkreten Rechts- gutsgefährdung führenden Versuch des Haupttäters	307
5. Der Zeitpunkt der Hilfeleistung	307
6. Neutrale/sozialadäquate/alltägliche Handlungen und Beihilfe	308
IV. Die sog. notwendige Teilnahme	308
V. Teilnahme am erfolgsqualifizierten Delikt	309

Inhaltsverzeichnis

VI. Der Versuch der Beteiligung, §§ 30, 31 StGB	309
1. Der Verbrechenscharakter der künftigen Tat	310
2. Die einzelnen Tathandlungen	310
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung, § 31 StGB.	311
4. Das Verhältnis der versuchten Anstiftung zur gelungenen Anstiftung.	312
VII. Handeln für einen anderen (Organ- oder Vertreterhaftung), § 14 StGB	312
1. Der Regelungsgegenstand des § 14 StGB	312
2. Die Problematik des faktischen Organs	312
VIII. Aufbauhinweise	314
5. Teil: Konkurrenzen und Wahlfeststellung	316
§ 23: Konkurrenzen.	316
I. Tatmehrheit- Realkonkurrenz - § 53 StGB	316
II. Tateinheit - Idealkonkurrenz - § 52 StGB	316
1. Grundsituation.	316
2. Natürliche Handlungseinheit	317
3. Tatbestandliche, rechtliche, normative Handlungseinheit.	318
4. Handlungseinheit durch "Klammerwirkung einer Straftat"	320
III. Sog. Gesetzeskonkurrenz	321
1. Spezialität	321
2. Konsumtion	322
3. Subsidiarität	322
§ 24: Wahlfeststellung	323
I. Anwendbarkeit des Grundsatzes "in dubio pro reo".	323
II. Die Wahlfeststellung	324
1. Die Situation der Wahlfeststellung	324
2. Die einzelnen Kriterien der Wahlfeststellung	324
3. Die Wahlfeststellung in der Praxis	325
4. Sog. Sachverhaltsalternativität	325
Register.	327

